

Sozial-ökologische Konversion statt Globalisierung und Krieg!

Demo in Graz am 18.11.2015 | Quelle: systemchange-not-climatechange.at



- Was heißt sozial-ökologische Konversion?
- Deglobalisierung – Ein ökologisch-demokratischer Ausweg
- Klimapolitik als geopolitische Waffe
- Was versteht die IG Metall unter sozial-ökologischer Transformation?
- FCAS, Eurodrohne und Wirtschaftsinteressen
- Der Bundestag im Würgegriff der Wirtschaftslobby



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2021/Nr. **6**

Sozial-ökologische Konversion statt Globalisierung und Krieg!

Inhalt	
Was heißt sozial-ökologische Konversion?	3
Petition zum Klimagipfel COP26	5
Deglobalisierung – Ein ökologisch-demokratischer Ausweg	6
Klimapolitik als geopolitische Waffe	8
Was versteht die IG Metall unter sozial-ökologischer Transformation?	10
FCAS, Eurodrohne und Wirtschaftsinteressen	12
Buchbesprechung: Der Bundestag im Würgegriff der Wirtschaftslobby	14
IMI-Kongress 2021	15
Friedensratschlag 2021 und Aktionskonferenz der Friedensbewegung	16
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.11.2021	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
Redaktion: Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
Redaktionsanschrift: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
Kontoverbindung: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90	
Internetausgabe: auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab 2010. ISSN 2193-9233	

Liebe Leserinnen und Leser,

die globale Erwärmung, die aktuell auf dem Weltklimagipfel in Glasgow thematisiert wird, entwickelt sich zu einer Situation, die man als „5 Minuten nach 12“ bezeichnen könnte.

Dringend notwendig sind deshalb Visionen, daraus abgeleitete Einzelziele und sofortige Maßnahmen, bei denen auch die globale Aufrüstung und die seitens der NATO und der USA gegenüber Russland und China betriebene Eskalation der Spannungen thematisiert werden muss.

Wir haben dazu für diese Ausgabe eine Überschrift gewählt, mit der sozial-ökologische Visionen in den Kontext der völlig unterbelichteten friedenspolitischen Konversion gestellt werden.

Dieses erfolgt im ersten Beitrag dieser Ausgabe in der Absicht, damit Anknüpfungspunkte für eine stärkere Verankerung in der Friedensbewegung zu schaffen. Wir hoffen damit, zu einem inhaltlich stärkeren Brückenschlag von friedenspolitischen Themen bei Initiativen für Umwelt- und Klimaschutz beizutragen.

Dieses dürfte nur möglich sein, wenn man den Gesamt-Kontext zu den sozialen und ökologischen Verwerfungen der Globalisierung herstellt. Dazu haben wir einen Buchauszug des Schweizer Autors Peter Mattmann-Allamand aufgenommen, der ein umfassendes Plädoyer für *Deglobalisierung* vornimmt.

Dass eine Klimapolitik unter Beibehaltung der deutschen Exportfixierung zwangsläufig zu neuen geopolitischen Konflikten führt, wird in dem Beitrag von Peter Wahl beleuchtet. In seinem

Beitrag geht es vor allem um die neue Ressourcenkonflikte, die sich hinter Begrifflichkeiten wie *Klimaneutralität* verbergen.

Eine schwierige Frage ist dabei auch, wie sich die Industriegewerkschaft Metall dazu positioniert. Wir haben Hans-Jürgen Urban dazu befragt, der im geschäftsführenden Vorstand der IGM den Funktionsbereich Sozialpolitik leitet. Die Antworten verweisen auf den Stellenwert von konstruktiv-kritischen Debatten in Bündnispositionen bei lebhaften Debatten innerhalb der Organisation.

Die Rolle der Rüstungsproduktion wird bei diesem Interview wegen des größeren Kontexts aber bewusst nur Rande angesprochen.

Wir haben deshalb ein Zwei-Seiten-Fact-Sheet zu FCAS und der Eurodrohne integriert, das sich speziell mit den dahinter stehenden Wirtschaftsinteressen befasst.

Der bundesweite Friedensratschlag, der im letzten Jahr nur digital stattfinden konnte, wird auch in diesem Jahr nur stark unter Corona-Bedingungen beschränkt stattfinden können.

Trotz günstigerer Corona-Auflagen in anderen Bundesländern hat sich der Bundesausschuss Friedensratschlag dafür entschieden, den Standort Kassel (mit anderen Räumlichkeiten) beizubehalten, verkürzt auf einen Tag am 4.12. Unabhängig davon findet am Sonntag, den 5.12. in Frankfurt eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung statt. Näheres zu beiden Veranstaltungen auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

Karl-Heinz Peil

Informationsdienst Umwelt und Militär

Der seit Ende 2018 bestehende Informationsdienst präsentiert sich seit kurzem in neuer und wesentlich erweiterter Aufmachung unter <https://umwelt-militaer.org>.

Dargestellt werden globale und lokale Umweltbelastungen durch das Militär in Dossiers zu einzelnen Belastungsarten. Themen bei lokalen Umweltbelastungen in Deutschland sind: Schadstoffe in Luft, Boden und Wasser sowie Fluglärm, jeweils in Verbindung mit militärischen Standorten. Dazu kommen aktuelle Artikelbeiträge mit Kommentaren und Standpunkten, auch thematisch übergreifend.



Was heißt sozial-ökologische Konversion?

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Im Kontext des immer dringlicher werdenden Klimaschutzes wird zunehmend mit Schlüsselbegriffen hantiert, die durch einen inflationären Gebrauch zu unverbindlichen Floskeln verkommen. Beispiele dafür sind solche wie *Nachhaltigkeit* und *Klimaneutralität*. Gleichfalls gilt dieses für eine *sozial-ökologische Wende* oder *Transformation*.

Umso mehr gilt dieses für die Nummer zwei der sieben Oberthemen in den Sondierungen für eine Ampelkoalition: „*Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft*“. Keine Rede ist mehr davon, dass dringende Veränderungen für den Klimaschutz notwendig sind.

Mit dem hier gewählten Begriff der sozial-ökologischen Konversion wird auch auf außenpolitische Konsequenzen verwiesen, also auf das, was bei den genannten Sondierungs-Überschriften als „*Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt*“ bezeichnet wird.

Bewegungen für Umwelt- und Klimaschutz und die Friedensfrage

Die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, dass selbst das Thema Klimaschutz nur einen begrenzten Stellenwert hat. Dabei war eigentlich vorhersehbar, dass die Grünen nur in der allgemeinen Wahrnehmung für Klimaschutz stehen. Spätestens mit dem Sondierungspapier für eine Ampelkoalition sind jedoch alle Illusionen verflogen, was klimapolitisch von deren Seite zu erwarten ist.

Noch erheblich schwieriger ist es, die Relevanz der Rüstungsausgaben sowie die Rolle der NATO und der Bundeswehr-Auslandseinsätze öffentlich sichtbar zu machen. Dieses war bereits in der Vergangenheit nicht einfach. So wurde zwar der Bundeswehreininsatz in Afghanistan über lange Jahre bei entsprechenden Umfragen von mehr als 70% der Befragten abgelehnt, jedoch eher mit Desinteresse begleitet.

Für die Friedensbewegung stellt sich deshalb die Frage nach der An-

schlussfähigkeit zu anderen gesellschaftlichen Bewegungen sowie den aktuellen sozialen und ökologischen Fragen. Ein Hauptproblem ist dabei die Einengung auf die CO₂-Emissionen bei der Klimaschutzbewegung, was bei vielen Friedensbewegten zu dem Trugschluss führt, man müsse die CO₂-Emissionen des Militärs in den Vordergrund stellen.

Klimaschutz ist aber nur ein Teil der gesamthaften ökologischen Krise, die derzeit mit einem dramatischen Verlust von Biodiversität, langfristig wirkenden Schadstoffeinträgen in die Umwelt und der Vermüllung der Weltmeere immer dramatischer hervortritt.

Es geht vor allem um den Zusammenhang von Globalisierung, Krieg und Kriegsdrohungen, der eine sozial-ökologische Konversion verhindert.

Konversionsebene 1: Wirtschaft mit regionalen Wertschöpfungsketten

Für die deutsche Wirtschaftspolitik gilt, dass gemäß entsprechenden Strategiepapieren *ationale Schlüsseltechnologien* und *Schlüsselindustrien* gefördert werden sollen. Bei diesen hat die Rüstungsindustrie einen wesentlichen Anteil, wenngleich diese volkswirtschaftlich eher nachrangige Bedeutung hat.

Das gilt zumindest im Vergleich zur Automobilindustrie, die derzeit einem dramatischen Strukturwandel unterliegt.

Eine Sonderstellung nimmt dabei die Luft- und Raumfahrtindustrie ein, die zwar überwiegend zivile Produkte herstellt, wo aber militärisch nutzbare Technologien maßgebend sind. Dabei erfolgt meistens eine profitable Quersubventionierung von militärischen zu zivilen Anwendungen.

Technologien, die vor allem mittelständischen Firmen zugute kommen, stehen hingegen nicht im Fokus der deutschen Wirtschaftspolitik. Nur so ist zu verstehen, dass die vor 10 Jahren bereits sehr erfolgreiche deutsche Energiewende mit enormen Arbeitsplatzwirkungen in Handwerk und mit-

telständischer Industrie seit 2013 drastisch ausgebremst bzw. abgewürgt wurde, auch mit entsprechenden Rückwirkungen auf Arbeitsplätze.

Der regionale Ausbau von Wind- und Solarenergie hatte zwischenzeitlich weit mehr Arbeitsplätze geschaffen, als jetzt noch im Abbau von Braunkohle und deren Verstromung zur Disposition stehen.

Globalisierung heißt auch: Abhängigkeiten von Rohstoffen und Lieferketten.

Die **deutsche Exportfixierung** betrifft vor allem die Automobilindustrie mit den noch vorhandenen hohen Beschäftigungszahlen. Der dort anstehende Strukturwandel führt nicht nur zum drastischen Verlust von Arbeitsplätzen, sondern mit der Umstellung auf Elektromobilität auch zu neuen globalen Ressourcenkonflikten.

Eine **Konversion der Rüstungsindustrie** sollte deshalb in diesem übergreifenden Kontext der globalisierten Ausrichtung gesehen werden. Auch der Widerstand gegen deutsche Rüstungsexporte kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn der mit der Rüstungsproduktion verbundene Zwang zu großen Stückzahlen an der Wurzel gekappt wird.

Konversionsebene 2: Globale Kooperation für Klimagerechtigkeit

Eine deutsche Politik für Klimagerechtigkeit müsste z.B. bedeuten, den Etat für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (zu Lasten der Bundeswehr) deutlich aufzustocken. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass hierunter von der deutschen Politik vor allem eine Förderung der deutschen Industrie zur Öffnung von Absatzmärkten verstanden wird.

Tatsächliche Entwicklungshilfe würde den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten auch in unterentwickelten Ländern bedeuten. Im Sinne der exportorientierten deutschen Wirtschaft geht es aber eher um die Fixierung neokolonialer Abhängigkeiten.



Foto: Ein Wüstensturm im Irak, aufgenommen 2011, Quelle: Elliot Plack (Flickr)

Klimagerechtigkeit ist nur zu erreichen, wenn diejenigen weltweiten Institutionen gestärkt werden, die alle Länder beinhalten, d.h. die UNO und ihre Unterorganisationen. Dem stehen die auf Konfrontation bzw. eigene Vorteile ausgelegten Institutionen wie die NATO und die EU gegenüber.

Bundeswehreinmärsche wie in Mali sind gleich in mehrfacher Hinsicht kontraproduktiv. Diese werden nach außen kommuniziert als Kampf gegen terroristische Bedrohungen. Tatsächlich aber resultieren bewaffnete Konflikte in der Sahel-Zone aus sozial-ökologischen Verwerfungen, wozu immer mehr die globale Erwärmung beiträgt. Militärische Einsätze dienen faktisch nur der neokolonialen Sicherung von Rohstoffen und verhindern einen wirtschaftlichen Aufbau.

Eine in Deutschland als solche bezeichnete sozial-ökologische Wende, die nur alte Rohstoffabhängigkeiten durch neue ersetzt, ist praktisch ein „Weiter so“.

Konversionsebene 3: Deutsche Politik für die öffentliche Daseinsvorsorge

Langjährige Slogans in der Friedensbewegung wie z.B. „Spart endlich an der Rüstung“ beziehen sich auf eine notwendige Umverteilung von Rüstungsausgaben zugunsten von Bildung, Gesundheitswesen und andere Sozialausgaben. Allerdings bedarf dies einer differenzierteren Betrachtung.

Sozialausgaben sind im Bundeshaushalt Transfergelder, während Militärausgaben in die Funktionsgruppe "Allgemeine Dienste" fallen, d.h. als

Ausgaben für Institutionen des Bundes mit personellen und materiellen Ressourcen.

Bei einem Gesamtumfang dieser Funktionsgruppe von ca. 104 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2021 entfallen davon 47 Mrd. Euro für "Verteidigung" und damit an das mit Abstand größte Dienstleistungsunternehmen des Bundes, mit einer Gesamtpersonalstärke (militärisch und zivil) von ca.

200.000, bei insgesamt ca. 500.000 Bundes-Bediensteten.

Die Frage ist deshalb, welche nützlichen "Dienstleistungen" von diesem Apparat in der Vergangenheit erbracht wurden. Genannt werden können hier aber nur wiederholte Großmärsche bei Hochwasserkatastrophen und punktuelle Einsätze bei Waldbränden wie 2018 und 2019 in Brandenburg.

Wesentlich effizienter wäre dazu aber das strukturell ausbaufähige Technische Hilfswerk (THW), das sich derzeit nur auf etwa 1.200 hauptamtliche und 80.000 ehrenamtliche Mitarbeiter stützt. Auch werden statt irrwitziger neuer Kampfmittel mit Drohenschwärmen künftig Hubschrauber benötigt, die zur Bekämpfung von Waldbränden tatsächlich geeignet sind.

Der THW wurde ja ursprünglich zu Zeiten des Kalten Krieges als Ergänzung der Bundeswehr konzipiert, bevor dessen Strukturen nach 1990 in einen eigenständigen Zivilschutz überführt wurde.

Natürlich gehören dazu auch regelmäßige Übungen für Katastrophenfälle, um z.B. funktionierende Sirenen zur Alarmierung sicherzustellen. Das heißt: Notwendig ist eine Infrastruktur für reale Folgen des Klimawandels statt irrsinniger Aufwendungen für fiktive militärische Bedrohungsszenarien.

Mit solchen "Allgemeinen Diensten" im Bundeshaushalt kann die öffentliche Daseinsvorsorge direkt und kosteneffizient verbessert werden. Als Nebenwirkung wären damit auch mehr Transfergelder für permanent notwendige Sozialleistungen verfügbar.

Natürlich gehört dazu auch, den Begriff der militärischen Landesverteidigung als historisch überholt darzustellen. Während in früheren Jahrhun-

erten sogar mit Stadtmauern eine öffentliche Daseinsvorsorge gegen reale militärische Bedrohungen möglich war, ist heute auch eine hochtechnisierte Armee gegen die Bedrohung durch Wetterextreme wirkungslos.

Nationalstaatliche Konversion bedeutet deshalb: Überführung der Bundeswehr in Strukturen zur Bekämpfung von Folgen des Klimawandels, vor allem gegen Wetterextreme.

Exkurs: Das Pentagon und der Klimaschutz

Im Unterschied zu Deutschland beschäftigt sich das Pentagon bereits seit langem intensiv damit, wie sich der Klimawandel auf die Einsatzfähigkeit des US-Militärs und deren Kriegsführung auswirkt, wenngleich man dem Problem eher hilflos gegenüber steht.

Im Pentagon ist man sich bewusst, dass die meisten US-Militärbasen auf der ganzen Welt sensible Standorte haben, vor allem in der Karibik und im westlichen Teil des Pazifiks. Das US-Militär wäre nicht in der Lage, mehrere Einsätze gleichzeitig zu bewältigen, wenn durch die globale Erwärmung beschleunigte Wirbelstürme, Pandemien, Dürren und Nahrungsmittelknappheit in ethnisch gespaltenen Nationen zu Konflikten und Katastrophensituationen führen.

Ende 2019 analysierte der US-Autor Michael T. Klare bereits in seinem Buch „All Hell Breaking Loose – The Pentagon's Perspektive on Climate Change“, wie man sich dort bereits intensiv mit den Konsequenzen des Klimawandels für die Einsatzfähigkeit des US-Militärs befasst, aufgrund vorhandener Erfahrungen mit Wirbelstürmen.

Bemerkenswert ist, dass dieses auch in der Amtszeit des erklärten Klimaleugners Donald Trump im Weißen Haus das Pentagon erfolgte, wenngleich eher inoffiziell.

Am 21.10.2021 wurde vom Pentagon ein Konzept vorgelegt, worin es heißt:

„Verschärft durch den Klimawandel beschädigen extreme Wetterereignisse zunehmend die Infrastruktur, unterbrechen die Versorgungsketten, beeinträchtigen die Einsatzbereitschaft und die Operationen der Streitkräfte und tragen zu humanitären Krisen und Instabilität auf der ganzen Welt bei.“

CO2-Emissionen: Nur ein Teilaspekt

Natürlich ist es richtig und notwendig, für einen konsequenten Klimaschutz auch die Einbeziehung des Militärs zu fordern, wie es unlängst mit einer Internationalen Petition erfolgt ist (siehe unten).

Dem liegt zugrunde, dass die offiziellen Zahlen der CO2-Emissionen durch die Bundeswehr nur sehr unvollständig in die Nationalen Inventarberichte zu den Treibhausgasemissionen einfließen. In diesen Jahresberichten sollen auch Hinweise für geplante Reduzierungen aufgenommen werden, soweit diese relevant sind. Für die Bundeswehr wurden zuletzt lediglich 0,75 Mio. Tonnen CO2 aufgeführt, bei einem Gesamtvolumen von ca. 800 Mio. Tonnen in Deutschland. Eine Studie, die für die Fraktion der Linken im EU-Parlament erstellt wurde, errechnete jedoch einen realistischen Wert von ca. 4,5 Mio. Tonnen CO2.

Zum Vergleich: Das Umweltbundesamt hat bereits im März 2020 berechnet, welche CO2-Reduzierungen ein Tempolimit auf Autobahnen bewirken würde. Selbst ein moderates Limit von 130 km/h würde danach die CO2-Emissionen um 1,9 Mio. Tonnen senken, ein

Tempolimit von 100 km/h sogar um 5,4 Mio. Tonnen pro Jahr.

Ungeachtet dessen muss natürlich thematisiert werden, dass auch in Deutschland das Militär der mit Abstand größte staatliche Klimasünder ist. Dieses ergibt sich aus dem Anteil des Verteidigungsetats an den „Allgemeinen Diensten“ des Bundeshaushaltes, wie bereits erwähnt.

Skandalös ist deshalb, dass im Klimaschutzprogramm der alten Bundesregierung die Bundeswehr überhaupt nicht auftaucht, woran sich auch unter der neuen Bundesregierung nichts ändern dürfte.

Schlussfolgerungen für die Friedensbewegung

Die öffentliche Wahrnehmung des Militärs und der Notwendigkeit einer friedenspolitischen Wende zumindest auf dem Niveau von Umwelt- und Klimaschutzfragen ist nur in einem komplexen Prozess möglich.

Dazu muss die Bandbreite der hier dargestellten sozial-ökologischen Konversion bei Umweltbewegten ankommen, wozu Friedensbewegte erheblich beitragen können. Schließlich stößt man bei allen Konversionsebenen auf die national und global voran schrei-

tende Militarisierung. Diese geht einher mit eskalierender Kriegsgefahr und neuen regionalen Konflikten. Deren Ursachen und Triebkräfte müssen benannt werden.

Immer noch gilt das Zitat des französischen Sozialisten Jean Jaures aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

Heute muss zusätzlich auf die neoliberalen Politik verwiesen werden, die auch mit einer neuen Bundesregierung gradlinig fortgesetzt werden wird.

Eine notwendige Stärkung der Friedensbewegung führt deshalb über die Qualifizierung und Stärkung der Umweltbewegung. Die derzeit noch vorhandene und politisch manipulativ nutzbare Fixierung auf den Klimaschutz steht dem entgegen. Erst dann, wenn die Klimakrise nur als Spitze des Eisberges wahrgenommen wird, sind Erfolge durch zivilgesellschaftlichen Druck möglich. Nur so kann auch vermittelt werden, welchen maßgeblichen Anteil das Militär an der planetaren Umweltkrise hat, die ebenso wie die globale Atomkriegsgefahr das Überleben der Menschheit gefährdet.

Hinweise und Quellenangaben zu diesem Beitrag sind Online abrufbar

Petition an die Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow von über 400 Organisationen

Während der Verhandlungen über das Kyoto-Abkommen von 1997 wurden aufgrund von Forderungen der US-Regierung in letzter Minute die militärischen Treibhausgasemissionen von den Klimaverhandlungen ausgenommen. Diese Tradition hat sich fortgesetzt.

Das Pariser Abkommen von 2015 überließ die Reduzierung der militärischen Treibhausgasemissionen dem Ermessen der einzelnen Nationen.

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen verpflichtet die unterzeichneten Staaten, ihre jährlichen Treibhausgasemissionen zu veröffentlichen, aber die Berichterstattung über militärische Emissionen ist freiwillig und wird oft nicht berücksichtigt.

Die NATO hat das Problem zwar erkannt, aber keine spezifischen Anforderungen zu dessen Lösung aufgestellt.

Es gibt keine vernünftige Grundlage für diese klaffende Lücke. Krieg und Kriegsvorbereitungen sind große Verursacher von Treibhausgasemissionen. ALLE Treibhausgasemissionen müssen in die verbindlichen Normen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen einbezogen werden.

Es darf keine Ausnahmen mehr für militärische Verschmutzung geben.

Wir fordern die COP26 auf, strenge Grenzwerte für Treibhausgasemissionen festzulegen, die keine Ausnahmen für den Militarismus vorsehen, transparente Berichterstattungspflichten und eine unabhängige Überprüfung vorsehen und sich nicht auf Systeme zum „Ausgleich“ von Emissionen stützen. Die Treibhausgasemissionen der Militärstützpunkte eines Landes in Übersee müssen vollständig gemeldet und dem betreffenden Land in Rechnung gestellt werden, nicht dem Land, in dem sich der Stützpunkt befindet.

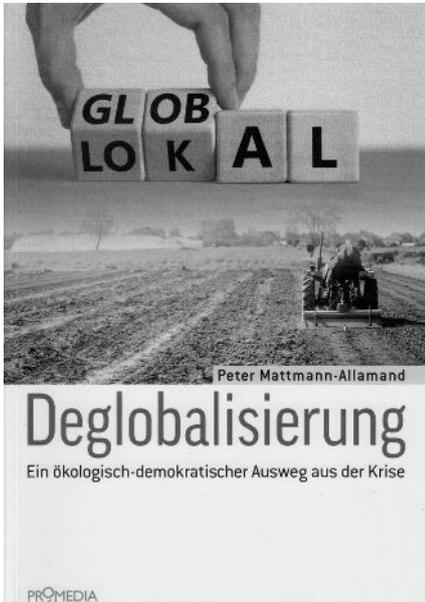


Quelle: www.worldbeyondwar.org | deutsch: www.pressenza.com

Deglobalisierung – Ein ökologisch-demokratischer Ausweg

von Peter Mattmann-Allamand (Schweiz)

Der nachfolgende Text ist mit freundlicher Genehmigung des Verlags entnommen aus dem Buch „Deglobalisierung“, das im Promedia-Verlag erschienen ist.



Lokale Armut – transnationaler Reichtum

Die Globalisierung ruiniert das, was gemeinhin als das Politische bezeichnet wird, von Grund auf. Mit zunehmender Abwanderung der Entscheidungszentren in ferne Gefilde sinkt das politische Verantwortungsbewusstsein der Bürger. Wer fühlt sich für etwas verantwortlich, das er nicht beeinflussen kann?

Der Rückzug ins private Glück spielt dem Globalismus in die Hand. Politik ist ihm lästig und für die globale Wirtschaft hinderlich. Für viele Bürger ist es kein Verzicht, Verantwortung abzugeben. Es bedient die eigene Bequemlichkeit und entbindet von Pflichten. Wer das Steuer abgibt, hat es gemächlich. Für eine gewisse Zeit, bis das Gefährt irgendwo aufprallt, wie die Corona-Krise zeigt.

Wirtschaft ist nicht Selbstzweck.

Sie sollte nicht, so wenig wie Reichtum, eigentlicher Sinn und höchstes Ziel des Lebens sein; sondern die erweiterten Grundbedürfnisse aller Menschen decken, eine möglichst große soziale Gerechtigkeit herstellen und die Basis liefern für Bildung, Kultur, Politik, Wissenschaft, ein geistiges, religiöses und gemeinschaftliches Leben in Freiheit.

Sie hat die Zukunft der kommenden Generationen in Rechnung zu stellen und muss Ressourcen und Ökosysteme schonen. Mit zunehmender Globalisierung entfernt sich die Wirtschaft immer mehr von der Erfüllung dieser Aufgaben.

Der Krieg ist der untrennbare Begleiter der Globalisierung, weil ausbeuterische Produktions- und Marktbedingungen nur mit militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten sind. Der völlig freie Wettbewerb auf Weltebene gedeiht auf Kosten sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die wirtschaftlichen Riesengebilde überwuchern Politik und Demokratie. Der Globalismus beseitigt alles, was einen Konzern irgendwo auf der Welt daran hindert, einen wirtschaftlichen Konkurrenten mit einem tieferen Preis zu schlagen. Dies sichert die wirtschaftliche Vorherrschaft der größten Konzerne. Tiefpreise anbieten können nur sie.

Solange die transnationale und die lokale Wirtschaft der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) auf unterschiedlichen Märkten agierten, kamen sie sich wenig ins Gehege. Die globalen Konzerne produzierten in der Regel Dinge, die rationell herstellbar und auf der ganzen Welt in großen Stückzahlen absetzbar waren.

Die Domäne der KMU war die lokale Wirtschaft, die ausgehend von lokalen Ressourcen Produkte und Dienstleistungen vor Ort lieferte.

WTO, EU oder UNO-Vorschriften zerstören den aus den Vorteilen der Ortsansässigkeit gewobenen Schutzmantel der lokalen KMU-Wirtschaft. Die Globalisierung erschließt die lokalen Wirtschaftsräume den transnationalen Konzernen, damit diese auch auf lokaler Ebene die profitablen Rosinen picken können.

Die lokalen Betriebe, die ihre Standortvorteile verlieren, werden in Marktsegmenten, die für Großkonzerne rentabel sind, einem brutalen Wettbewerb ausgesetzt, den sie nie bestehen können. Es ist ein Propaganda-Märchen, die totale Handelsliberalisierung komme allen zu gute.

Schreinermeister Kunz in Holzhusen trägt nur die Nachteile der Liberalisierung. Die Arbeiten am neuen Schulhaus müssen seit den bilateralen Verträgen mit der EU europaweit ausgeschrieben werden. Eine Großschreinerei aus Frankreich schnappt ihm den Auftrag im eigenen Dorf weg. Sie hat die Größe und die Ressourcen, die es ermöglichen, den Marktradius auf hunderte von Kilometer auszuweiten. Was soll Schreinermeister Kunz machen? Sich vergrößern, bis er das auch kann? Aber wie macht er das, wenn er nicht einmal den Auftrag im dorfeigenen Schulhaus erhält?

Der Krebsgang der lokalen Wirtschaft mit all seinen sozialen, ökologischen und politischen Folgen ist die üble Kehrseite der Globalisierung.

Die transnationale Wirtschaft zerstört lokales Wirtschaftsgewerbe, ohne einen entsprechenden Ersatz zu schaffen. Sie pickt die rentablen Marktsegmente heraus, zieht Geld und Reichtum nach außen ab, überlässt die unrentablen Bereiche dem lokalen Gewerbe und die sozialen und ökologischen Probleme der lokalen Politik. Ihr parasitärer Charakter ist überdeutlich.

Durch endlosen Aderlass, der die lokale Wirtschaft schwächt, verlieren Randgebiete ihre Lebensfähigkeit. Das Ergebnis der Globalisierung ist zwiespältig: lokale Armut und gleichzeitig transnationaler Reichtum. Phänomene, die bisher nur in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu beobachten waren, werden auch in den reichen Ländern des Westens Einzug halten.

Viele ländliche Randgebiete verkümmern. Die von der transnationalen Wirtschaft bevorzugten Standorte wandeln sich zu Metropolen, in denen sich Kapital und Reichtum anhäufen, aber auch alle Probleme der Verstädterung anwachsen.

Die Kritik an der Globalisierung richtet sich nicht gegen transnationale Wirtschaftsaktivitäten an sich. Fernhandel kann sinnvoll sein, da nicht überall alles gleich optimal produziert werden kann. Nicht die Existenz großer Konzerne per se erzeugt Widerspruch. Es gibt Produktbereiche, in de-

nen es Sinn macht, rationell und billig in großen Stückzahlen zu produzieren.

Die meisten Großkonzerne haben ihre Größe nicht selbst gewählt. Sie sind durch die kapitalistische Konkurrenz zu dem geworden, was sie heute sind. Problematisch ist die seit der Globalisierung absolut verrückte und verkehrte Rangordnung der verschiedenen wirtschaftlichen Akteure.

Die lokale KMU-Wirtschaft macht einen geografischen Raum für die Menschen zum Lebensraum. Ihr gebührt der erste Platz. Sie sichert rund drei Viertel der Arbeitsplätze dauerhaft, also auch über die häufigen Wirtschaftskrisen hinweg. Sie sorgt für einen breit gestreuten Wohlstand und lässt eine breite Mittelschicht entstehen.

Beides sind Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie, soziale Sicherheit und ein blühendes Geistes- und Kulturleben. Wenn sich die transnationale Wirtschaft als Ergänzung in diesen feingewobenen gesellschaftlichen Zusammenhang vor Ort integrieren würde, ohne ihn zu zerstören, wäre sie eine Bereicherung.

Die Kritik richtet sich gegen die Art des Globalisierungsprozesses, wie ihn die Weltkonzerne seit den 1980er-Jahren in WTO, EU und UNO vorantreiben, um eine quasidiktatorische Vormachtstellung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu erreichen.

Mag sein, dass die transnationalen Wirtschaftsführer die Globalisierung nicht freiwillig gewählt haben. Vielleicht hat die Kapitalakkumulation, der die nationalstaatlichen Grenzen zu eng geworden sind, sie dazu gezwungen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass diese Entwicklung verheerende Konsequenzen hat, falls sie politisch nicht transformiert wird.

Neue Tabus: Das Lokale, Eigene, Nationale

Die Globalisierung vervielfacht und beschleunigt Mobilität in allen ihren Formen. Das schafft nicht nur ökologische Probleme. Es erschüttert die ortsgebundene, tradierte Lebensweise. Auch in der globalisierten Welt lebt die Mehrheit der Menschen sesshaft. Manche siedeln seit Generationen im gleichen Dorf.

Vielleicht haben sie sich dort Eigentum und eine Existenzgrundlage geschaffen. Oder sie sind zugezogen, wohnen in einem vertretbaren Abstand von ihrem Arbeitsort und integrieren sich und ihre Kinder am neuen Wohnort.

Das Lokale ist für die meisten Menschen der primäre Ort des Lebens. Hier kennen sie sich aus. Hier beteiligen sie sich am Gemeinschaftsleben.

Die Globalisierung zerstört lokales Leben. Viele kleine Dörfer und periphere Gebiete verlieren ihre Lebensfähigkeit. Die Jugend wandert aus. Nicht nur in der französischen Provinz, überall trifft man auf Ruinen der Globalisierung. Diese zwingt viele Menschen zur Migration.

Es heißt, sterbende Gemeinden hätten im internationalen Standortwettbewerb versagt und sich zu wenig schnell angepasst. In Wirklichkeit haben Gemeinden unterhalb einer gewissen Mindestgröße keine Chance. Die Globalisierung konzentriert die Bevölkerung in größeren, urbanen Zentren. Nur dies ist für die transnationale Wirtschaft rentabel und attraktiv.

Ideologisch wertet der Globalismus das Lokale, Eigene, Nationale ab. Menschen, die sich der politischen Globalisierung widersetzen, an ländlicher Ortsgebundenheit und Kleinräumigkeit festhalten und das Eigene verteidigen, werden als Rückständige, Abschotter, Rosinenpicker, Fremdenfeinde oder Fremdenhasser beschimpft.

Im Gegensatz dazu gelten Urbanität, Großräumigkeit, Nicht-Lokalität und Migration als fortschrittlich, welt offen, modern. Diese Verknüpfungen sind absurd. Weshalb sollte die Kritik der Institution EU fremdenfeindlich und altmodisch sein? Das Gegenteil des Eigenen ist das Fremde. Also hasst jemand, der am Eigenen festhalten will, das Fremde?

Ein offensichtlicher Fehlschluss. Zwei weitere Begriffe dienen der Diffamierung von Globalisierungskritikern: Nationalist und Rassist. Auch dies ein Fehlschluss, der da lautet: Globalisierungsgegner sind Nationalisten. Nationalismus ist schlecht, weil er zu Kriegen geführt hat.

Also sind Nationalisten schlecht. Vom Nationalisten zum Rassisten ist,

sofern überhaupt noch ein Unterschied gemacht wird, der Weg kurz.

Die schiefe Logik ist einfach zu widerlegen. Ein Mensch, dem eine funktionierende Demokratie wichtig ist, muss am Nationalstaat festhalten. Deswegen ist er noch lange kein Nationalist. Die Nation als historisches Phänomen darf nicht mit Nationalismus und Chauvinismus gleichgesetzt werden. Ihre positiven Seiten sind unübersehbar: Beseitigung der Adels Herrschaft, Basis der Demokratie, Blütezeit von Musik, Literatur und Philosophie.

Die Legitimierung staatlicher Macht durch die Gesamtheit der in einem Raum lebenden Bürger, unabhängig von Rasse, Klasse, ethnischer Herkunft, setzt die Festlegung eines begrenzten Territoriums voraus.

Die imperialistischen Weltkriege des 20. Jahrhunderts einfach der Existenz von Nationalstaaten anzurechnen, ist zu simpel. Imperialismus verletzt eigentlich die Logik des Nationalstaates.

Warum sollten die demokratischen Selbstbestimmungsrechte im eigenen Staat nicht auch für die Bürger eines anderen Nationalstaats gelten? Imperialismus ist ein Phänomen schlechter funktionierender oder fehlender nationalstaatlicher Demokratie.

Der Nationalsozialismus war keine nationalistische, sondern eine imperialistische Verirrung. Sein Ziel war die Zerstörung der umliegenden Nationalstaaten und ein totalitäres, germanisch-völkisch dominiertes Großreich. Wenn man der Geschichte der Nationenbildung etwas vorwerfen wollte, wäre es der Drang zur Größe.

Kleine Nationen laufen nicht Gefahr, zu imperialistischen Eroberern zu werden. Nicht weil ihre Bewohner bessere Menschen sind, sondern weil ihnen schlicht und einfach die Größe dazu fehlt.

Im Wettkampf um Vormacht und Größe entstanden im europäischen Raum übergroße Nationen, die sich in zwei Weltkriegen aufgrund ihrer imperialen Ansprüche bis aufs Blut bekämpften. Ein Europa aus Kleinststaaten, die den im Laufe der Jahrhunderte organisch gewachsenen Regionen entsprochen hätten, wäre die bessere, von der Geschichte leider verschmähte Option gewesen.

Instrumentalisierung der Klimapolitik als geopolitische Waffe

von Peter Wahl, WEED

"Die Geopolitik des Klimawandels", so lautet die Überschrift eines Artikels des Klima-Kommissars der EU-Kommission, Frans Timmermans, und des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell.

Darin heißt es: *"Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen wird die strategische Position der EU erheblich verbessern"*, und die Energiewende *"wird zu Machtverschiebungen führen, weg von jenen, die die fossilen Brennstoffe kontrollieren und exportieren, hin zu denen, die die grünen Zukunftstechnologien beherrschen."*

Als Beispiel verweisen sie auch gleich auf ihren Lieblingsfeind: *"Das Ende von Energieimporten wird auch dazu beitragen, die Einkünfte und geopolitische Macht von Ländern wie Russland zu vermindern."*

Das ist nicht nur die private Meinung der beiden, sondern findet sich auch offiziell im **Europäischen Green Deal**. Demnach sollen die Auswirkungen der Klimapolitik *"zu einem integralen Bestandteil der Überlegungen und Maßnahmen der EU in Bezug auf externe Angelegenheiten werden, auch im Kontext der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik."*

Nun ist sicher richtig, dass die **De-karbonisierung**, zu der sich mit Ausnahme Indiens inzwischen die größten CO₂-Emittenten bekannt haben (EU, USA, China, zuletzt Russland) – tatsächlich zu disruptiven Verschiebungen im Rohstoffsektor führen könnte.

Gleichzeitig verlaufen zwischen ihnen **scharfe Konfrontationslinien**. Wie immer in solchen Fällen wuchern Rivalität und Feindbilder in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche hinüber.

Kein Wunder also, dass auch die Klimapolitik und ihre energiepolitischen Dimensionen in die Mühlen der machtpolitischen Auseinandersetzung geraten sind.

Schließlich sind Energieträger strategische Rohstoffe, d.h. sie beeinflussen materiell und preislich die gesamte Volkswirtschaft und damit auch die machtpolitischen Ressourcen eines Landes, vorneweg seines Militärs.

Dementsprechend gehören Energiesicherheit, Verfügbarkeit über die **Rohstoffquellen der Zukunft** und ihre Transportrouten zu den Basisfunktionen staatlicher Politik – erst recht bei rivalisierenden Großmächten.

Sehr deutlich formuliert das Joe Biden gegenüber China, das er, ganz in Kontinuität zu Obama und Trump, seinerseits zum Lieblingsfeind erklärt hat: *"Sie werden dieses Rennen nicht gewinnen. Wir können das nicht zulassen"*, um dann für die neuen strategischen Rohstoffe zu fordern: *"Wir müssen den Weltmarkt übernehmen."*

EU: Klimapolitischer Führer für den Rest der Welt?

Bei so viel Größenwahn lässt sich die EU nicht lumpen und erklärt sich schon mal selbst zum globalen Vorreiter der Klimapolitik. So heißt es in der Climate Change and Defence Roadmap 2020:

„Es gibt einen klaren Bedarf und eine weltweite Nachfrage gegenüber der EU und ihren Mitgliedsstaaten dauerhaft Führung in internationaler Klima- und Umweltpolitik zu zeigen.“

Auch die Klimapolitik soll also für die Sehnsucht nach Großmachtstatus eingespannt werden. Seit dem Aufstieg Chinas, der Konsolidierung Russlands als Großmacht und den Problemen in den transatlantischen Beziehungen fürchtet man in Brüssel den Abstieg in die dritte Liga der Geopolitik. Es vergeht daher keine Erklärung aus Brüssel, ohne dass von *"strategischer Autonomie"* bzw. *"europäischer Souveränität"* die Rede ist.

Den Begriff hatte Macron groß gemacht, ursprünglich in militärischem Sinne. Allerdings hat eine militärische Autonomie der EU enge Grenzen, solange es die Nato gibt und selbst Mitgliedsstaaten wie Polen militärisch eher auf Washington setzen als auf Brüssel. Das heißt nicht, dass man gegenüber der **Militarisierung der EU** die Hände in den Schoß legen sollte.

Aber ihre militärischen Entfaltungsmöglichkeiten beschränken sich darauf, in Europa Front gegen Russland zu machen und in Afrika postkoloniale

Ordnungspolizei zu spielen. Global gesehen bleibt ihre Rolle auf das beschränkt, was die alten Römer *"auxiliares"* nannten: Hilfstruppen.

Deshalb versucht die EU jetzt gezielt auch ihr ökonomisches und technologisches Potenzial für ihre geopolitischen Interessen zu instrumentalisieren.

Konfrontation untergräbt internationale Klimapolitik

Nun kann man berechtigterweise einwenden, dass eine solche Strategie bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt ist. Denn wenn es stimmt, dass die Klimakatastrophe ein Problem von menscheitsgeschichtlicher Tragweite ist, dann ist neben technischen Innovationen, neuen Finanzquellen und einer anderen Gesellschaftspolitik auch eine problemadäquate Kultur internationaler Kooperation zwingend notwendig.

Und das heißt eben Kooperation an der Spitze der machtpolitischen Hühnerleiter im internationalen System statt Kaltem Krieg.

Es ist dabei eine Illusion, man könne einerseits beim Klima miteinander kooperieren, aber gleichzeitig mit Sanktionen, technologischem Protektionismus, Wettrüsten und Regime-Change-Politik der anderen Seite ständig Knüppel zwischen die Beine werfen.

Das scheint auch dem einen oder anderen in der etablierten Politik zu dämmern. So sagte z.B. Ex-Außenminister Sigmar Gabriel Anfang Oktober:

„Die Wahrscheinlichkeit, dass wir mit China auf allen Gebieten im Konflikt liegen, aber im Klimaschutz gut zusammenarbeiten, ist gleich null.“

Erdgas als Brückentechnologie

Aber auch unabhängig von solch grundsätzlichen Überlegungen sind die Aussichten der EU bei der Umstrukturierung der strategischen Rohstoffversorgung keineswegs rosig. Das fängt damit an, dass die Abhängigkeit von Kohlenstoffen, vorwiegend von Gas als Brücken- und Reserveenergie,

noch ein bis zwei Jahrzehnte fortbestehen wird.

Das sehen inzwischen selbst die Grünen so, wenn sie in den Ergebnissen der Sondierungen sich mit SPD und FDP auf die *"Errichtung moderner Gaskraftwerke, um den im Laufe der nächsten Jahre steigenden Strom- und Energiebedarf zu wettbewerbsfähigen Preisen zu decken"* geeinigt haben. Die Kraftwerke müssen immerhin so gebaut werden, *"dass sie auf klimaneutrale Gase (H₂-ready) umgestellt werden können."*

Das passt gut zu den beiden **Nord-Stream Pipelines**, die ebenfalls so ausgelegt ist, gegebenenfalls Wasserstoff transportieren zu können.

Bis es so weit ist, wird jedoch noch viel Gas durch Nord-Stream fließen, und erst recht durch Sila Sibiri (Power of Sibiria), die erste russische Pipeline nach China. Die Grünen wollen sogar, dass Russland die rostigen Rohre der Ukraine stärker befüllt – trotz des Risikos von Leckagen.

Wenn es darum geht, Moskau einen reinzuwürgen, hat das sogar Vorrang vor Klimaschutz. Man kann das alles beklagen, aber jetzt rächt sich, dass trotz früher Einsichten, wie etwa bei der Rio-Konferenz 1992, die letzten 30 Jahre klimapolitisch verloren waren. Wer zu spät kommt, den bestrafen Dürre, Hochwasser, Waldbrände und Artensterben.

Rohstoffabhängigkeit bleibt bei Dekarbonisierung

Auch bei den für die Dekarbonisierung notwendigen Rohstoffen sieht es nicht besser aus. So braucht man für eine Batterie neueren Typs mit 60 kW/h-Leistung neun Kilogramm Kobalt, elf Kilogramm Lithium und 70 Kilogramm Nickel.

Die Länder mit der größten Fördermenge bei Kobalt sind Demokratische Republik Kongo, China, Kanada, Russland. Bei Nickel sind es Indonesien, Philippinen und Russland. China hat auch die größte Menge bekannter Reserven seltener Erden, während Russland hier an vierter Stelle liegt.

Gebraucht werden diese Stoffe etwa in Elektromotoren, Robotern oder Windgeneratoren. Derzeit bezieht die EU mehr als 90 Prozent davon

aus China. Für E-Autos und Speichertechnologie benötigt sie bis 2030 nach eigenen Angaben 18-mal mehr Lithium und 5-mal mehr Kobalt und bis 2050 jeweils 60-mal und 15-mal mehr.

Lediglich bei grünem Wasserstoff, eine Hauptsäule des Green Deal, sieht die Lage etwas günstiger aus. Zumindest auf den ersten Blick. "Grün" heißt, die sehr energieintensive Elektrolyse, mit der Wasserstoff aus Wasser abgespalten wird, geschieht mit erneuerbaren Energieträgern.

Spanien etwa und andere Mittelmeerränder verfügen hier über beträchtliches Potenzial – vorausgesetzt sie haben genügend Wasser und Photovoltaik. Die Solarzellen könnten sie von China beziehen, dem globalen Marktführer.

Oder sie können sie selbst herstellen. Dazu braucht man aber neben dem problemlosen Silizium u.a. auch unbedingt Indium aus der Familie der seltenen Erden. Und wo gibt es das?

Mit 40 Prozent der Weltproduktion liegt **China an erster Stelle**, gefolgt von Südkorea mit 32 Prozent und Japan mit zehn Prozent. Auch die größten bekannten Reserven liegen in China. Also auch hier keine Spur von strategischer Autonomie.

Aber immerhin ließe sich grüner Wasserstoff aus benachbarten Regionen beziehen, so Sonnenstrom aus Nordafrika oder Windstrom aus Skandinavien oder der Ukraine. Allerdings wird auch das seine Zeit dauern, denn auch dort braucht man die gleichen Rohstoffe.

Deshalb wird kurzfristig blauer, violetter und gelber Wasserstoff für eine Übergangszeit als kleineres Übel schneller verfügbar sein.

Bei der blauen und violetten Methode wird die Elektrolyse mit Gas durchgeführt, das CO₂ abgeschieden und unterirdisch gelagert (Carbon Capture & Storage, CCS).

Dünnelhafter Selbstüberschätzung

Wie immer man es dreht und wendet, die Umstellung der Energiebasis ist ein komplexer und schwieriger Prozess. Selbst mit Greta Thunberg als Bundeskanzlerin und EU-Chefin zugleich würde er einige Jahre brauchen.

Konfrontation und Kalter Krieg machen ihn jedoch noch komplexer, schwieriger und langwieriger, wenn nicht gar unmöglich.

Für die eingangs zitierten Prognosen der EU bedeutet das:

Erstens, die Dekarbonisierung ändert nichts daran, dass die EU eine rohstoffarme Gegend bleibt und deshalb auch in Zukunft hochgradig von Energie- und Rohstoffimporten abhängig sein wird.

Zweitens folgt aus dem Ende der Kohlenstoffwirtschaft mitnichten der geopolitische Niedergang Russlands und Chinas. Im Gegenteil, Russland verfügt auf seinem riesigen Territorium über enormen Rohstoffreichtum.

Das gilt nicht nur für konventionelle Ressourcen, sondern auch für zukunftssträchtige Energieträger, wie Sonnenstrom am Schwarzen und Kaspischen Meer und den Steppen östlich der Wolga. Beim Potenzial an Windenergie ist Russland sogar mit Abstand weltweit Spitzenreiter.

Anfang Oktober hat die Regierung ein Entwicklungskonzept für die wasserstoffbasierte Energie verabschiedet und Gazprom beauftragt, eine Roadmap zu erstellen.

Ähnliches trifft auf China zu, auch wenn dessen Rohstoffsituation nicht ganz so üppig ist. Dafür ist es in wichtigen Technologiebereichen schon heute der EU weit voraus.

Zudem führt Konfrontationspolitik zur Lagerbildung, mit dem Effekt, dass Chinas ökonomisches und technologisches Potenzial noch enger mit der Nuklearmacht und den russischen Rohstoffen gekoppelt wird. Es würde ein gigantischer eurasischer Block entstehen.

Weder die Chancen, die Brüssel für die EU zu wittern glaubt, noch der geopolitische Niedergang, den sie China und Russland an den Hals wünschen, sind realistisch. Die Fehleinschätzung reiht sich ein in den generellen Habitus dünnelhafter Selbstüberschätzung, der auch in der Vergangenheit bei wichtigen Entscheidungen immer wieder durchnässte.

Der Beitrag erschien zuerst im Internetmagazin Telepolis am 26.10.2021 und ist an dieser Stelle leicht gekürzt.

Die IG Metall zur sozial-ökologischen Transformation

Interview mit Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



Foto: Stephan Röhl (Wikipedia)

FJ: Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf war viel vom Kampf gegen den Klimawandel die Rede. Dabei wurde von mehreren Seiten der Eindruck erweckt, dass der technologischen Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie eine Schlüsselrolle zukommt.

Fixiert wird dabei auf eine ungebrochene globale Ausrichtung der deutschen Industrie mit einem Exportanteil von über 60%. Wäre nicht aber eine stärkere Ausrichtung auf regionale Wirtschaftskreisläufe sinnvoll?

Zeigen nicht die jüngsten Probleme mit den globalen Lieferketten, dass hier ein Umsteuern notwendig ist?

H.-J. Urban: Was wir brauchen ist in der Tat eine aktive Industrie- und Strukturpolitik, die sich an sozialen und ökologischen Standards orientiert und den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa fördert.

Innerhalb der IG Metall gibt es dazu eine sehr lebendige Diskussion und viele innovative Ideen, wie wir Klimaschutz und industriellen Wandel zusammen denken können. Das Stichwort hier ist sozial-ökologische Transformation. Ein solcher Ansatz schließt eine gewisse Exportorientierung keinesfalls aus. Im Gegenteil.

Nehmen wir als Beispiel die Produktion von Stahl. Eine Branche mit einem traditionell sehr hohen CO₂-Budget. Wenn es uns gelingt die Stahlproduktion in den kommenden Jahren von Kohle auf Wasserstoff umzustellen – und ich bin da angesichts des tech-

nologischen Fortschritts sehr zuversichtlich – kann der Export von Produkten, Technologien und Knowhow auch ein Beitrag zur Klimaneutralität sein. Gleiches gilt für ökologische Innovationen im Bereich des Maschinenbaus oder der Automobilindustrie.

FJ: Bedeutet eine sozial-ökologische Transformation nicht auch, dass industrielle Bereiche zurück entwickelt werden müssen, um damit Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken?

H.-J. Urban: Richtig ist, dass wir es uns als Gesellschaft nicht länger leisten können, Industrieproduktion auf Kosten der Umwelt zu betreiben. Das bedeutet auch, dass bestimmte Produktionsverfahren und Produkte, die besonders CO₂-intensiv sind, durch weniger umweltschädliche ersetzt werden müssen. Darüber herrscht innerhalb der IG Metall ein breiter Konsens. Sozial-ökologische Transformation bedeutet aber keinesfalls Deindustrialisierung.

Auch wenn das Arbeitsplatzangebot im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in den kommenden Jahren sicherlich enorm wachsen wird, wäre es fatal anzunehmen, dass dadurch mehrere Millionen Industriearbeitsplätze kompensiert werden könnten.

Ökologisches Wirtschaften und moderne Industriearbeit müssen aber auch gar nicht zwingend als Widerspruch gesehen werden. Unser oberstes Ziel als IG Metall ist Beschäftigungssicherung in der Transformation. Das kann nur gelingen, wenn wir es schaffen Arbeitsplätze im Bereich der CO₂-neutralen Industrieproduktion auch in Deutschland zu halten.

Uns geht es dabei nicht um Arbeit um jeden Preis, sondern um Beschäftigungsperspektiven mit gleichwertiger

Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen.

FJ: Die IG Metall vertritt die Interessen von Beschäftigten in ganz unterschiedlichen Branchen, die noch dazu in unterschiedlichem Ausmaß vom ökologischen Wandel betroffen sein werden.

Gibt es innerhalb der IG Metall Auseinandersetzungen und Konflikte darüber, wie ein solcher Wandel gelingen kann?

H.-J. Urban: Es wäre merkwürdig, wenn es in einer Industriegewerkschaft keine Auseinandersetzungen und Diskussionen über einen so grundlegenden Wandel geben würde, wie wir ihn in den kommenden Jahrzehnten erleben werden.

Die Transformation der Industrie ist eine Jahrhundertaufgabe, die unsere gesamte Gesellschaft vor enorme Herausforderungen stellt. Dass es auch innerhalb der IG Metall einen intensiven Austausch darüber gibt, mit welchen Strategien und in welcher Geschwindigkeit Arbeits- und Produktionsprozesse verändert werden sollen, ist wenig überraschend und zeugt für mich von einer lebendigen Diskussionskultur.

Wenn wir die Menschen im Prozess der sozial-ökologischen Transformation nicht verlieren wollen und sie dadurch zu Gegnern des Wandels werden lassen, dann müssen wir sie an den Entscheidungen über die Zukunft ihrer Arbeit beteiligen und dazu gehört zunächst einmal eine demokratische Debatte über den Kurs der eigenen Organisation.

Innerhalb der IG Metall herrscht große Einigkeit über das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft. Diskussionen werden über den Weg dorthin geführt. Dabei spielt die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche sicherlich eine gewisse Rolle. Aber auch innerhalb einzelner Branchen gibt es unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen.

Am **Beispiel der Rüstungsindustrie** lässt sich das beobachten, wenn es um Fragen der Rüstungskonversion geht, die durchaus kontrovers diskutiert werden, aber auch in der Automob-

bilindustrie spielt es eine gewisse Rolle, ob ein Standort von der Umstellung auf Elektromobilität profitiert oder nicht. Letztlich geht es darum, im Rahmen von demokratischen Debatten zu einem gemeinsamen Standpunkt zu kommen, der möglichst viele Interessen miteinander in Einklang bringt. Ich finde, dass uns das als IG Metall bislang ganz gut gelingt.

FJ: Das Gelingen des sozial-ökologischen Wandels wird sicherlich auch davon abhängen, welche Rahmenbedingungen der Gesetzgeber in den kommenden Jahren schaffen wird. Was fordert die IG Metall im Kontext der Transformation von der Politik?

H.-J. Urban: Die IG Metall hat sich im Kontext der Bundestagswahl sehr klar positioniert und wir werden unsere Forderungen auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen deutlich machen. Wir wollen, dass die Politik die Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und demokratische Transformation schafft. Dabei geht es im Kern um drei zentrale Bereiche.

Erstens eine aktive Industrie-, Struktur- und Investitionspolitik, die regionale Wertschöpfungsketten fördert, den ökologischen Wandel vorantreibt und zur Beschäftigungssicherung in Deutschland beiträgt. Eine konkrete Forderung der IG Metall in diesem Bereich ist der Aufbau öffentlich finanzierter **Transformationsfonds** für Regionen, die vor allem kleinen und mittleren Betrieben bei der Transformation unter die Arme greifen sollen.

Zweitens eine deutliche Ausweitung der Mitbestimmung und eine Stärkung der Tarifautonomie. Betriebsräte brauchen im Zuge der Transformation **mehr Mitbestimmungsrechte** bei wirtschaftlichen und strategischen Unternehmensentscheidungen und die Politik muss durch gezieltes Handeln für eine Stabilisierung der Tarifbindung sorgen, um gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne auch in der Transformation sicherzustellen.

Drittens braucht es einen gut ausgebauten und **nachhaltig finanzierten Sozialstaat**. Das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit ist gerade in gesellschaftlichen Umbruchsituationen besonders groß. Statt Leistungskürzungen und Sparkurs fordern wir eine eingreifende Arbeitsmarktpolitik, eine bezahlbare und gerechte Gesundheitsversorgung und einen solidarischen Neuaufbau der Alterssicherung.

FJ: Vor allem seit der Großdemonstration der IG Metall am 29. Juni 2019 in Berlin wird das Thema der sozial-ökologischen Transformation auch bei der IG Metall im Kontext von gesellschaftspolitischen Bündnissen diskutiert.

Dies manifestiert sich auch in der neuen Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, wie dem führenden Umweltverband BUND. Inwieweit gibt es dazu auch eine klare inhaltliche Verständigung?

Liegen die Positionen von Umweltverbänden und Industriegewerkschaften nicht doch zu weit auseinander?

H.-J. Urban: Der gemeinsame Nenner ist hinreichend deutlich: Sowohl IG Metall als auch weite Teile der Umweltbewegung wollen eine Transformation von Industrie und Arbeitswelt, die

nicht nur den ökologischen Wandel bringt, sondern gleichzeitig auch soziale Sicherheit gewährleistet.

Deshalb steht ja auch der Begriff der sozial-ökologischen Transformation im Mittelpunkt. Dass es bei einer Zusammenarbeit in Bündnissen immer auch **unterschiedliche Interessen** gibt, die IG Metall also etwas mehr die Beschäftigungssicherung und soziale Absicherung betont und die Umweltbewegung auf einen möglichst schnellen ökologischen Umbau hinarbeitet, ist vollkommen normal.

Der **Mehrwert eines gesellschaftspolitisch progressiven Bündnisses** besteht ja gerade darin, dass in ihm unterschiedliche Perspektiven und Interessen zusammenkommen. Wir wissen aus der Erfahrung von früheren Bündnissen mit NGOs, Sozialverbänden und sozialen Bewegungen, dass solche Zusammenschlüsse immer dann besonders gut funktionieren, wenn es eine gewisse Bereitschaft dazu gibt unterschiedliche Positionen innerhalb eines gemeinsamen Rahmens zuzulassen und gleichzeitig voneinander zu lernen.

Im Idealfall entstehen aus den Widersprüchen und Spannungen, die solche Bündnisse mit sich bringen, fortschrittliche Reformvorschläge und Lösungsansätze. Ich bin jedenfalls fest davon überzeugt, dass es in Zukunft eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Arbeiterbewegung braucht, damit der bevorstehende industrielle Wandel zu einer erfolgreichen sozial-ökologischen Transformation werden kann.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Auszug aus dem gemeinsamen Papier von IG Metall und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vom 22.10.2021

Die kommende Bundesregierung muss zügig handeln! BUND und IG Metall teilen die Vision eines sozial-ökologischen Industriestandorts Deutschland – und das Ziel einer intakten Natur mit lebendiger Biodiversität. Um das Pariser Klimaziel einzuhalten, die Erhitzung der Erde auf 1,5 Grad zu begrenzen und gute Arbeit auch in der Industrie von morgen zu sichern, müssen wir vor allem die Energie- und Mobilitätswende entschlossen vorantreiben. Wir werden Mobilität künftig anders denken, konzipieren und leben müssen als heute. [...]

Wir brauchen eine Energie- und Ressourcenpolitik, die sicherstellt, dass die planetaren Grenzen nicht überschritten werden. [...]

Ein Schwerpunkt muss auf dezentraler Energieproduktion in der Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften liegen. Damit die Mobilitätswende im Einklang mit den Pariser Klimazielen gelingen kann, brauchen wir künftig eine vollständige Versorgung mit Ökostrom. [...]

Die Finanzierung des notwendigen Umbaus könnte sowohl über einen Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen als auch über die Einführung einer Vermögenssteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz und eine Erhöhung der Reichensteuer sichergestellt werden.

FCAS, Eurodrohne und Wirtschaftsinteressen

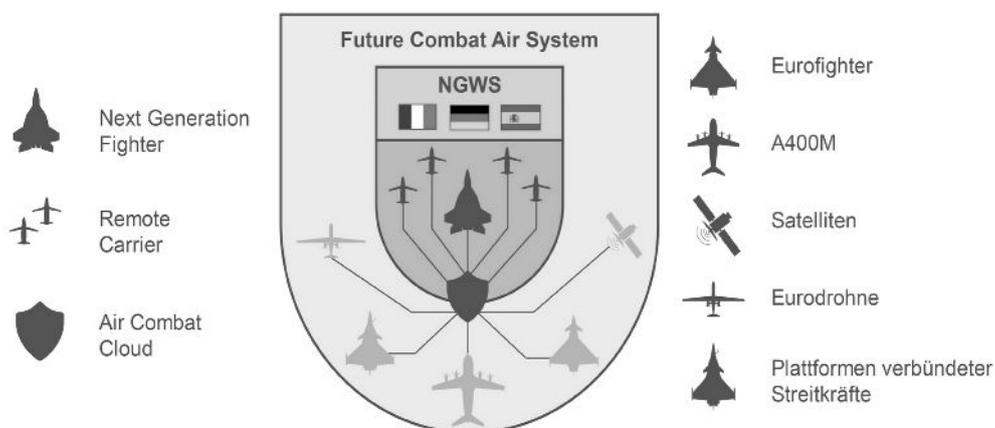


Abbildung 1 Übersicht FCAS

Grafik: aus Infobroschüre des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

Alte und neue Kampffjets

Das *Future Combat Air System* (FCAS) ist als deutsch-französisch-spanisches Projekt für ein bemanntes Mehrzweckkampfflugzeug der 6. Generation konzipiert. Die beteiligten Rüstungsunternehmen sind Dassault Aviation (Frankreich), Airbus Defence and Space (Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien) und Indra Sistemas (Spanien).

Abgelöst werden sollen damit ab 2040 bestehende Systeme wie der *Eurofighter Typhoon* bei der Bundeswehr und die *Rafale* bei den französischen Luftstreitkräften.

Politisch besteht das Projekt seit 2017 als Ankündigung zur Entwicklung eines deutsch-französischen Kampffjets.

Parallel dazu entwickelt die British Aerospace (BAE) in Kooperation mit Saab (Schweden) und Leonardo (Italien) seit 2018 ein eigenes Kampffjet-Projekt *Tempest* für die Royal Air Force.

FCAS: Der Turmbau zu Babel

Das bisher größte europäische Militärprojekt war der Eurofighter, der für Deutschland Kosten in Höhe von 25 Mrd. Euro verursachte. Für FCAS würden allein an Entwicklungskosten bis 2040 ca. 30 Mrd. Euro von Deutschland übernommen, wofür insgesamt bereits ca. 100 Mrd. Euro veranschlagt werden. Für die Beschaffung durch die Bundeswehr selbst sind ca. 120 Mrd. Euro veranschlagt.

FCAS soll als weltweit modernstes seiner Art geplant werden, wobei neuartige Technologien eine Schlüsselrolle spielen.

Es ist deshalb nicht unrealistisch, wenn Branchenkenner mit einer Größenordnung von insgesamt 500 Mrd. Euro kalkulieren.

In der Diskussion ist auch seitens von Frankreich und Deutschland, eigens für FCAS Flugzeugträger zu bauen – ein zusätzliches Milliardengrab.

Künstliche Intelligenz (KI) für Killermaschinen

Der Einsatz von KI bedeutet: Maschinen sollen weitestgehend unabhängig von menschlichen Entscheidungen eingesetzt werden.

Aufgrund der Gesamt-Komplexität des Systems aus Drohnen, Kampfflugzeugen, Kampfpanzern am Boden, Satelliten, sowie Kommando- und Kontrollflugzeugen wäre diese vernetzte Struktur nur mit KI überhaupt realisierbar.

Decarbonisierung zum Klimaschutz Fehlanzeige

Während die Debatte um Klimaneutralität ab 2040 auch bei mobilen Systemen immer intensiver wird, beschränken sich die militärischen Planungen bei FCAS lediglich darauf, mit einem „adaptiven Vielseitigkeitstriebwerk“ (ADVENT) den fossilen Treibstoffbedarf abhängig vom Einsatz um 25% zu reduzieren.

Was sind Drohnenschwärme?

Hierbei sind zwei unterschiedliche Konzepte noch in der Debatte der Militärs:

Erstens: Der Schwarm kann aus Hunderten von kleineren Drohnen bestehen, die mit Künstlicher Intelligenz weitestgehend autonom agieren. Die große Anzahl soll die gegnerische Luftabwehr zugunsten des FCAS-Kampffjets überfordern.

Zweitens: Der Schwarm besteht aus größeren Kampfdrohnen, die als unbemannte Flugzeuge den eigentlichen Luftkampf führen und dem FCAS-Kampffjet voraus fliegen.

Wirtschaftliche Eigen- und Export-Interessen

Die benötigte Technologie soll weitestgehend von den beteiligten Firmen selbst entwickelt werden, um damit **unabhängig von den USA** zu werden. Dazu gehören die Tarnkappentechnik und Netzwerkfähigkeit. Ein Schwerpunkt liegt auf Künstlicher Intelligenz als „Schlüsseltechnologie“. Auch Fähigkeiten zum Cyberkrieg und der Einsatz von Laserwaffen sind im Gespräch.

Absehbar ist, dass es eine scharfe **Konkurrenz auf dem Weltmarkt** gegen die (früher verfügbare) britische Tempest-Entwicklung geben würde, was bei Projektverzögerungen von FCAS auch das Gesamtprojekt infrage stellen würde.

Interne Streitigkeiten auf technischer, militärischer und politischer Ebene belasten den Projektfortschritt derzeit erheblich und stellen das Gesamtsystem infrage. Im Kern geht es dabei um mehrere strategische Fragen:

– geistiges Eigentum bei den „Schlüsseltechnologien“, die vor allem Deutschland im eigenen Land für die eigene Industrie halten würde,

– Bestrebungen Frankreichs, technologisch bei der militärischen Luftfahrt führend in der EU zu bleiben,

– Aufblähen militärtechnischer Spezifikationen im Kontext von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der britischen Konkurrenz.

Textauszüge aus Broschüre des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (DLI) vom Juni 2021

FCAS ist das wichtigste europäische Verteidigungsvorhaben der kommenden Jahrzehnte und wird neben der Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit auch die europäische Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität in Zeiten geopolitischer Unsicherheit nachhaltig stärken:

- Stärkung der strategischen und technologischen Souveränität von Deutschland und Europa durch den Aufbau europäischer Lieferketten im Hochtechnologiebereich und die langfristige Reduktion der Abhängigkeit von nichteuropäischen Lösungen. Dies betrifft im militärischen Bereich vor allem das Kampfflugzeug, Cloud-Lösungen sowie intelligente „Sensor to Shooter“-Netzwerke. [...]

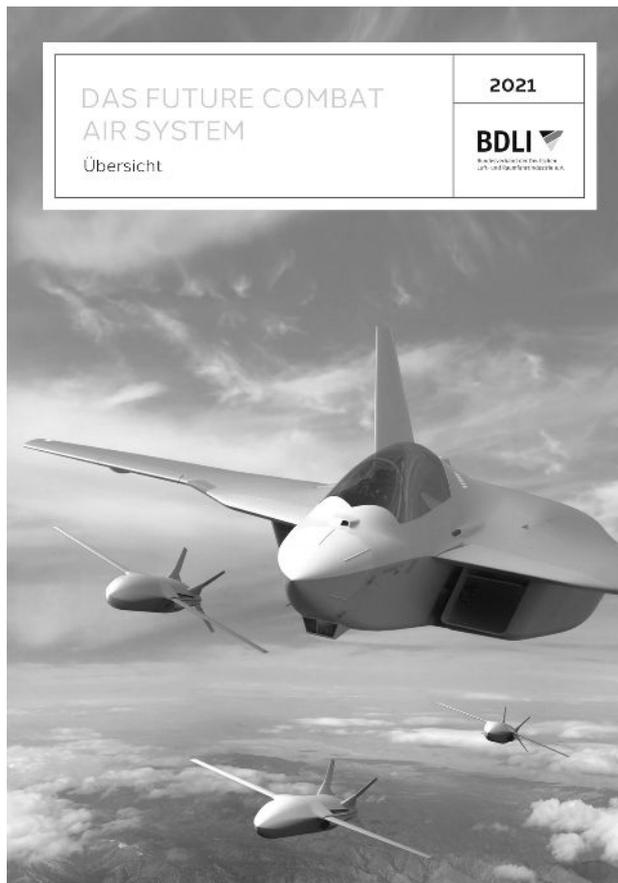
Mit den Investitionen in Forschung & Entwicklung ermöglicht FCAS eine zukunftsorientierte Technologieentwicklung für militärische und zivile Anwendungsfelder. Dadurch können die deutschen Positionen in wichtigen Zukunftsmärkten gestärkt bzw. neue Fähigkeiten erschlossen werden:

- Autonomes Fliegen im militärischen und auch zivilen Segment, z.B. Urban und Regional Air Mobility (UAM): Die Beteiligung in allen FCAS- Pillars ermöglicht die Weiterentwicklung der dafür maßgeblichen deutschen Kompetenzen in den Bereichen Flugzeugbau, Sensoren, sowie Vernetzung & Cloud-Lösungen. [...]

- Kernkompetenzen für Flugzeugsysteme und -ausrüstung: [...] Aufgrund der breiten Anwendungsmöglichkeiten der Technologien (z.B. beim zivilen Flugzeugbau) sowie der hohen Bedeutung für die deutsche Ausrüstungsindustrie und ihrer Zulieferer hat dieser Kompetenzbereich einen hohen Stellenwert für die deutsche Industrie.

DIE INVESTITIONEN IN DAS GESAMTE FCAS-PROGRAMM HABEN EINEN SIGNIFIKANTEN EFFEKT AUF DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT. DIES BEDEUTET KONKRET:

- Aufbau und Erhalt von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen in den Bereichen Forschung & Entwicklung, Produktion und Instandhaltung bei den beteiligten Unternehmen sowie deren Zuliefererfirmen. [...]



Welche Ansätze haben wir zum Widerstand?

1. FCAS und Eurodrohne müssen von der international vernetzten Friedensbewegung **aus ethischen Gründen** abgelehnt werden. Künstliche Intelligenz wird zum Euphemismus für **Killerroboter**. Der hiergegen bereits vorhandene Widerstand zur Ächtung autonomer Waffensysteme, wie z.B. durch die *Campaign to stop Killer Robots*, muss auf FCAS erweitert werden.

2. Hinter FCAS und der Eurodrohne stehen **wirtschaftliche Interessen** mit fest eingeplanten **Exporten**. Der Widerstand gegen Rüstungsexporte in Deutschland soll durch die internationale Arbeitsteilung dieser Rüstungsprodukte unterlaufen werden. Deshalb sind FCAS und Eurodrohne auch ein

Modell auf der Paris-Le Bourget 2019 Airshow, Quelle: Wikipedia



wichtiges Thema für *Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!*

3. Die **gigantischen Rüstungsausgaben** sollen durch scheinbarweise Beauftragungen für die Projektentwicklung verschleiert werden. Hinzu kommen auch verdeckte Kosten, die in zivilen Haushaltstitel untergebracht werden sollen. Deshalb ist FCAS ein Thema für *Abrüsten statt Aufrüsten!*

4. Es gibt kein militärisch „sinnvolles“ **Zukunftsszenario** für FCAS. Nicht erst ab 2040 werden auch in Europa die durch den Klimawandel häufig auftretenden Wetterextreme zum Hauptfeind für Kampfjets auf dem Boden und in der Luft. FCAS ist deshalb auch ein Thema

für *Fridays for Future*.

5. Auch ohne Widerstand aus der Friedensbewegung ist das Projekt durch die **internen Streitigkeiten** aus den beteiligten Ländern vom Scheitern bedroht.

Fazit: FCAS kann verhindert werden - Widerstand lohnt sich!

Weitere Infos

Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen:

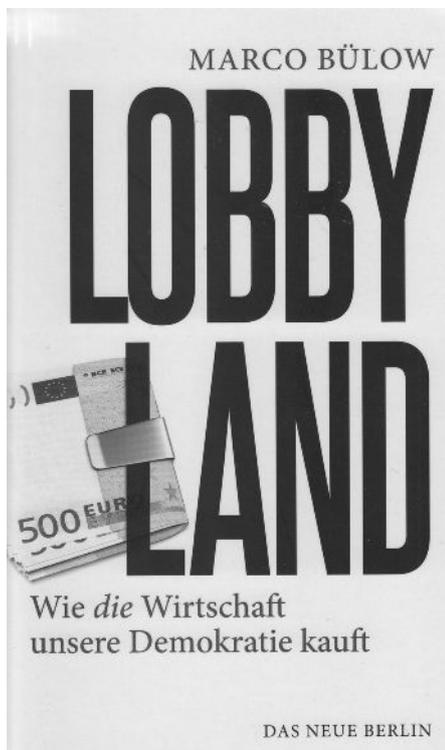
Fact Sheet „Eurodrohne – Zentrales Element deutscher Aufrüstung“
<http://drohnen.frieden-und-zukunft.de/?Materialien/PDF-und-Print>

Informationsstelle Militarisation (IMI)

<http://www.imi-online.de/?s=FCAS>

Der Bundestag im Würgegriff der Wirtschaftslobby

Marco Bülow: *Lobbyland – Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft*, 3. Auflage Okt. 2021
Verlag Das neue Berlin / Eulenspiegel-Verlagsgruppe, ISBN 978-3-360-01378-1, €15, 208 Seiten



Marco Bülow gehörte von 2002 bis 2021 als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestagswahlkreis Dortmund dem Bundestag an. Ende 2018 trat er aus der SPD und der SPD-Fraktion aus. Innerhalb der Fraktion war er maßgebend in umweltpolitischen Fragen. In der Friedensbewegung NRW ist er auch als Redner bei Ostermarschkundgebungen bekannt.

Als studierter Journalist hatte er seine Erfahrungen im Bundestag bereits 2010 erstmals als Buchautor aufgearbeitet unter dem Titel: „*Wir Abnicker: Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter*“.

Im Bundestagswahlkampf 2021 kandidierte er für die (Satire-)PARTEI.

Sein jüngstes Buch erschien im August vor der Bundestagswahl und wurde im Oktober bereits in 2. und 3. Auflage neu aufgelegt.

Das Buch passt in eine Zeit, wo sich die öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn des XXL-Parlamentsbetriebes mit nunmehr 736 MdBs bei einer vorgesehenen Sollstärke von 598 verschärft.

Dem aufgeblähten Bundestag steht gegenüber, dass die Wahlbeteiligung auch bei den Bundestagswahlen bes-

tenfalls auf niedrigem Niveau (zuletzt 76,6%) stagniert.

Marco Bülows journalistischer Schreibstil macht den Inhalt leicht lesbar und liefert ein ernüchterndes Bild über die Einflussmöglichkeiten eines einzelnen Abgeordneten. Wie ein Hohn wirkt es dem gegenüber, dass gemäß Grundgesetz Artikel 38.1 diese „*nur ihrem Gewissen unterworfen*“ sind.

Wie es damit tatsächlich bestellt ist, wird aus seiner Darstellung ersichtlich, wie der gängige, aber verfassungswidrige Fraktionszwang durchgesetzt wird. Marco Bülow schildert, dass es sich hierbei eher um subtile Formen der Disziplinierung einzelner Abgeordneter und damit eine rechtliche Grauzone handelt. Er verweist auch mit Beispielen darauf, dass individuelle Gewissensentscheidung bei Abstimmungen im Bundestag als seltene Ausnahmen anzusehen sind.

Das eigentliche Thema des Buches ist aber der Einfluss der Wirtschaftslobby. Hiervon war der Autor vor allem 2013 betroffen, als mit der Neuauflage der Großen Koalition im Bundestag auch ein Rollback der bis dahin sehr erfolgreichen, aber mächtigen Konzerninteressen entgegen laufenden Energiewende erfolgte. Als seinerzeit umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion wurde er dabei trickreich kaltgestellt.

Das direkte Einwirken der Wirtschaftslobby auf Bundestag und Bundesregierung ist aber nur ein Aspekt. Ebenso wichtig sind offene Korruption und der sogenannte Drehtür-Effekt, nämlich der direkte Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft.

Es lohnt sich, die vom Autor aufgeführten Beispiele von „*Lobbytariern*“ zu lesen. Jüngste Beispiele von Korruption wie die *Maskenaffäre* wirken dabei noch eher harmlos, wenn man z.B. die Darstellung des Werdegangs von Dirk Niebel durchliest. Seine Karriere führte ihn vom MdB der FDP in das von ihm vorher geschmähte Entwicklungsmministerium und 2013 (nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag) direkt zu Rheinmetall als Lobbyisten.

Neben anderen, ähnlich gelagerten Beispielen wird in einem weiteren Abschnitt auch die „*Moneylobby*“ genannt, die sich seit der Finanzkrise 2008 Vorteile in schwindelerregender Höhe verschafft hat. Stichworte sind hier: Cum-Ex-Geschäfte und Wirecard.

Mit einem Zwischentitel wird die Frage aufgeworfen: „*Gibt es guten Lobbyismus?*“

Die Antwort ist aufgrund der von ihm dazu aufgelisteten Kriterien eindeutig Ja. Allerdings ist die Gesamtdarstellung in seinem Buch ernüchternd für Friedensbewegte, die für ihre Forderungen den Zugang zu einzelnen MdBs suchen. Das zeigt sich gerade jetzt bei jüngsten Entwicklungen mit der alten und neuen Bundestagsfraktion der SPD zur Beschaffung der Eurodrohne und den Weichenstellungen zum FCAS-Rüstungsprojekt.

Zum politischen Engagement in der Bevölkerung schreibt der Autor:

„Ich bleibe trotz allem bei meiner These, dass die Menschen generell nicht demokratieverdrossender, wahrscheinlich nicht mal politikverdrossender geworden sind. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich wieder mehr, gerade auch junge Menschen politisieren, sich sogar engagieren wollen [...]. Die Parteien bieten momentan keine Plattform, wo man schnell einflussreiche Veränderungen herbeiführen kann.“

In diesem Zusammenhang erwähnt der Autor auch die riesige Anzahl von Petitionen (genannt werden von ihm allein für 2018 genau 13.189) an den Bundestag. Trotz der marginalen Wirkmächtigkeit zeugten diese von einem großen Beteiligungswillen in der Bevölkerung, der aber eher als Hilferuf zu verstehen sei.

Es bleibt zu hoffen, dass man von Marco Bülow außerparlamentarisch noch einiges hören wird. Sein erster Versuch 2018 mit einer Beteiligung an der „*Aufstehen*“-Bewegung erwies sich als nicht erfolgreiche Kopfgeburt. Seine im Buch skizzierten Anstöße für eine zukunftsorientierte Politik und einen „*Politikkodex*“ sollten aber für Politik „von unten“ aufgegriffen werden.

Karl-Heinz Peil



IMI-Kongress 2021: Manöver als Brandbeschleuniger - Kriegsspiele, Manöver und Konfrontation

Baltops, Zapad, Defender – militärische Manöver machen zunehmend wieder Schlagzeilen. Die global wachsenden Spannungen werden begleitet und vertieft durch verstärkte Manöveraktivitäten auf allen Seiten, denen ein beträchtliches Eskalationspotenzial innewohnt.

Manöver geben zudem einen Einblick in unterschiedlichste Bereiche: Sie zeigen die militärpolitische Bedeutung von Bündnisstrukturen (NATO, EU, multi- und bilateral) aber auch, welche rein nationalen Ambitionen verfolgt werden.

Die Szenarien der Manöver geben Auskunft über geplante militärische Einsatzoptionen (Häuserkampf, geostrategische Präsenz, Zusammenspiel von Militär und anderen Akteuren wie Polizei).

Kriegsübungen sind immer auch Waffenschauen, die für die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie von großem Interesse sind. Zunehmend agiert die Rüstungsindustrie auch als Dienstleister zur Manöverunterstützung.

Der ökologische Fußabdruck von Manövern ist enorm, teils werden zehntausende von Soldaten und schweres Militärgerät über lange Strecken transportiert und kommen vor Ort intensiv zum Einsatz. Kriegsspiel und Umweltzerstörung rufen Protest hervor, der sich sowohl gegen den Transport als auch gegen die damit verbundenen Kriegsvorbereitungen richtet.

Der IMI-Kongress soll sowohl diesem Protest seine Aufmerksamkeit widmen als auch einen Einblick in die Bedeutung und Entwicklung der Militärmanöver im Kontext wachsender globaler Konfrontationen liefern.

Der Kongress findet statt am Samstag, den 20. November 2021.

Ort: Sudhaus (Werkstatt), Hechingenstr. 203, 72072 Tübingen

KONGRESS

der Informationsstelle Militarisierung e.V.

20.11.2021

Tübingen, Sudhaus (Werkstatt), Hechingenstr. 203

MANÖVER
ALS
BRAND
BESCHLEUNIGER

Medien-Partnerin
Wüste Welle Tübingen

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Der Kongress wird unterstützt von: attac Tübingen, DGB Kreisverband Tübingen, DFG-VK Tübingen, Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, ver.di Ortsverein Tübingen im FB 8

Infos unter:
www.imi-online.de

Programm

12:00 - 13:15 Uhr
Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen
 (TOBIAS PFLÜGER)

13:30 - 14:30 Uhr
Logistik für Übung & Ernstfall
 Militärische Mobilität (VICTORIA KROPP)
 Das NATO-Logistikkommando in Ulm (ALEXANDER KLEIB)

15:00 - 16:00 Uhr
Manöver im Cyberraum
 (AARON LYE)

16:15 - 17:45 Uhr
Säbelrassen gegen Russland
 Das Großmanöver Defender Europe 2022 (CLAUDIA HAYDT)
 Die Bundeswehr: Vom Szenario zur Rüstung (MARTIN KIRSCH)

18:00 - 19:00 Uhr
Manöver, Umwelt & der Sprit
 (JACQUELINE ANDRES)

19:15 - 20:00 Uhr
Militärtransporte blockieren: Ein Bericht aus der Praxis
 (JAN MEYER)

Der Kongress selbst wird in der „Werkstatt“ im Sudhaus stattfinden, die auch mit Rollstuhl zu erreichen ist. Für eine Teilnahme in der „Werkstatt“ ist eine Anmeldung per Email oder telefonisch nötig. Ohne Anmeldung kann man den Kongress auch im Theatersaal im Sudhaus mitverfolgen, wo er live übertragen wird. Als Audio wird der gesamte Kongress auch vom Freien Radio Wüste Welle im Sendegebiet unter 96,6 Mhz und weltweit per Livestream (<https://www.wueste-welle.de/broadcasts/livestream>) übertragen. Zutritt zur „Werkstatt“ und zum Theatersaal besteht für auf Corona getestete, geimpfte und genesene Personen.

Hinweise zum Programm und zur Anmeldung unter:

<https://www.imi-online.de/uber-imi/imi-kongress-2021/>

Der Kongress wird unterstützt von: attac Tübingen, DGB Kreisverband Tübingen, DFG-VK Tübingen, Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, ver.di Ortsverein Tübingen im Fachbereich 8.

Ohne Anmeldung kann man den Kongress auch im Theatersaal im Sudhaus mitverfolgen, wo er live übertragen wird.

Als Audio wird der gesamte Kongress auch vom Freien Radio Wüste Welle im Sendegebiet unter 96,6 Mhz und weltweit per Livestream (<https://www.wueste-welle.de/broadcasts/livestream>) übertragen.

Zutritt zur Werkstatt und zum Theatersaal besteht nach heutigem Stand für auf Corona getestete, geimpfte und genesene Personen (3G).

Bundesweiter Friedensratschlag am 4.12.2021 in Kassel

Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg – Aufbruch für Abrüstung und Frieden

Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag

Afghanistan hat wieder einmal vor Augen geführt, dass Krieg keine Probleme löst, sondern neue schafft. Der Krieg hat gezeigt, dass die bisherige deutsche Außenpolitik mit ihrem Anspruch, militärisch Weltpolitik mitzugestalten, wie es auf einer Sicherheitskonferenz in München mit dem Slogan „neue Macht, neue Verantwortung“ verkündet wurde, gescheitert ist. Ein weiteres Scheitern bahnt sich in Mali an.

Militärinterventionen des Westens wie die in Afghanistan, Irak und Libyen führen nicht zu einer weltweiten friedlichen Koexistenz der Staaten und der Menschen.

Wir wollen beim Ratschlag die politische Lage analysieren und unsere Chancen zur Entwicklung von mehr Aktivitäten für Abrüstung nutzen. Wir wollen einen Beitrag zur Strategie leisten, weil wir wissen, dass eine soziale und ökologische Transformation ohne

Frieden und Abrüstung nicht möglich ist, und ebenso, dass eine humane Transformation der globalen Gesellschaft die Voraussetzung für Frieden ist.

Die Frage ist, wie der neue Bundestag die Weichen für die Außenpolitik stellen wird. Wir wollen erst recht nach dieser Bundestagswahl konkrete Ansätze für Frieden, Entspannung und gegen eine weitere Militarisierung der europäischen Politik entwickeln. Als führende Macht in der EU sollte Deutschland, allein schon aufgrund seiner Vergangenheit, Verantwortung für die Wiederbelebung von Entspannungspolitik und weltweite Abrüstung wahrnehmen.

Uns treibt die Sorge um, dass auch eine neue Bundesregierung den Kurs der Kriegsvorbereitung und Kriegsandrohung, der Sanktionen und Ausweitung der Drohpolitik fortsetzen könnte. Die zunehmende Aggressivität der USA und das Bekenntnis zum Kriegsbündnis NATO verstärken diese Sorge.

Programm

Der 28. Friedensratschlag findet hybrid statt, sowohl in Kassel (mit eng begrenzter Teilnehmer*innenzahl) als auch via Videokonferenz.

11:00 Begrüßung

11.15 - 12:15 Referate:

Anne Rieger: Situation und Aufgaben der Friedensbewegung

Jörg Kronauer: Gemeinsam gegen Moskau? Die Russlandpolitik westlicher Mächte

12:30 - 13:15 Ergänzende Workshops

14:15 - 15:15 Referate:

N.N.: Bundeswehreinsetzung in Mali

Norman Paech: Territorialkonflikte in Asien, China und der Westen

15:30 - 16:15 Ergänzende Workshops

16:30 - 17:30 Referate:

Erhard Crome: Deutschland und die EU nach der Bundestagswahl

Werner Ruf: Für eine Wiederbelebung der Entspannungspolitik

17:45 - 19 Uhr Gemeinsame Diskussion, Zusammenfassung und Ausblick

Anmeldungen über

<https://friedensratschlag-digital.de/>

Eröffnungspodium: Frieden – Klima – Umwelt – gemeinsam für globale Gerechtigkeit
Diskussion zwischen den Referent:innen und anschließend offene Diskussion

Workshops zu den Themen:

- Atomwaffen
- Rüstungshaushalt
- Rüstungsexport
- Kampfdrohnen
- Neue Entspannungspolitik
- Umwelt und Militär, Konversion
- Innere Militarisierung

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Vereinbarungen und Schlusswort

Aktuelle Informationen werden über Mailinglisten und Websites mitgeteilt:

<https://abruesten.jetzt>

<https://friedensratschlag.de>

**Aktionskonferenz der
Friedensbewegung
am Sonntag, den 5.12.2021
von 11 bis 17 Uhr im
Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M.**

**ABRÜSTEN
STATT
AUFRÜSTEN**